

Der langsame Genozid in Gaza ist voll im Gange

Eine humanitäre Katastrophe im Winter steht bevor

Die AlAqsa-Moschee ist einsturzgefährdet und/oder soll von den extremistischen Zionisten besetzt werden

Holocaust

Der Holocaust dient den Zionisten seit über 60 Jahren als Vorwand für die brutale Durchsetzung ihrer unberechtigten Ziele. Er ist nur ein Instrument zur Legitimierung der Existenzberechtigung eines zionistischen Unrechtstaates auf palästinensischem Boden. Es sind die Zionisten, die das Leid einer Generation der Juden und die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, ohne Respekt vor den Hinterbliebenen, zur Realisierung ihrer rassistisch geprägten Weltherrschaftsdoktrin missbrauchen. Wenn die Leugnung des Holocaust in Deutschland strafbar ist, muss dessen Missbrauch noch stärker bestraft werden.

Im Jahr 2006 forderten 25 namhafte deutsche Professoren in einem Manifest ein Umdenken in den Deutsch-Israelischen Beziehungen. Was macht aber die deutsche Regierung?

- Das Verbrechen des israelischen Militärregimes gegen die Menschlichkeit wird von der Bundesregierung kritiklos unterstützt!
- Die Bundeskanzlerin und Außenminister Steinmeier sind in dem brutalen Überfall der israelischen Armee auf Gaza mit der israelischen Regierung Hand in Hand gegangen.
- Die Reparationszahlungen an den falschen Empfänger gehen weiter.
- Waffen und Ausrüstung, sogar atomwaffenfähige U-Boote, werden auf Kosten der Steuerzahler an Israel verschenkt, wodurch die nächsten noch gefährlicheren Kriege vorprogrammiert werden.
- Deutschen Politikern, die es wagen die Wahrheit über Israel auszusprechen, werden Amt und Würde entzogen. Sogar Kritik bleibt nicht ohne Folgen.

Die Israel-Politik der Bundesregierung wurde in der Amtszeit von Frau Merkel und Herrn Steinmeier noch einseitiger und ungerechter! Das zeigt welchen Einfluss die Zionisten in unserem Land besitzen. Und es zeigt einmal mehr, dass die Zionisten mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nichts im Sinne haben, und sich über die demokratischen Strukturen und den Willen des Volkes hinwegsetzen und über alles und allem stehen. Das verdeutlicht die strukturellen Probleme des Staates, der nicht in der Lage ist, das Grundgesetz zu schützen und zu verwirklichen.

Der Tod des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel, des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Möllemann und einige andere Todesfälle, die nie geklärt wurden, geben uns zu denken.

Am 11. Juni dieses Jahres wurde der Iran-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dr. Johannes Reissner, dessen Berichte und Analysen den Israelis ein Dorn im Auge waren, in Tel Aviv tot aufgefunden. Prof. Perthes, Leiter der Stiftung und ein enger Freund von Dr. Reissner schreibt hierzu: „Johannes Reissner ist am Donnerstag am späten Nachmittag in Tel Aviv, wo wir unseren jährlichen Deutsch-Israelischen Dialog durchführen, schwimmen gegangen und nicht mehr lebend zurückgekehrt. Die Polizei von Tel Aviv konnte ihn nur noch tot bergen. Die genauere Todesursache wird erst noch festgestellt werden. Dr. Reissner war seit 1982 als wissenschaftlicher Mitarbeiter, zeitweise Leiter unserer Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika in der Stiftung Wissenschaft und Politik. Er war nicht nur unser Fachmann für den Iran und für Fragen des Umgangs mit dem Islam, sondern auch ein

international anerkannter Wissenschaftler, dessen Aufsätze zu Iran und zur Iranpolitik in vielen Fachbüchern und Zeitschriften veröffentlicht worden sind.“

Krebs ist die häufigste Todesursache in der Bevölkerung, aber in der Politik scheint eine andere Todesursache sich wie ein Virus verbreitet zu haben! Es ist an der Zeit, dass Politiker, Wissenschaftler, ranghohe Bundeswehroffiziere und hohe Beamte der Sicherheitsorgane gegen diesen Virus, und nicht gegen die Schweinegrippe geimpft werden.

Wo leben wir eigentlich? Wer sind diese Kräfte, die hier eine absolute Immunität genießen und tun und lassen können, was sie möchten? Die Berliner Republik braucht dringend eine Kurskorrektur.

1. Wir fordern vom neuen Außenminister die Einhaltung der Grundwerte unserer Gesellschaft sowie des Grundgesetzes in den deutsch-israelischen Beziehungen.
2. Wir fordern eine breite gesellschaftliche Debatte über den Zionismus, die zu mehr Transparenz führen soll. Diese Kräfte, die die Politik und die Gesellschaft erheblich beeinflussen, müssen ideologisch, strukturell und personell, nicht nur von den Sicherheitsorganen, sondern auch von Wissenschaftlern, Denkern, Politikern und von anderen gesunden Kräften der Gesellschaft studiert und durchleuchtet werden, bevor Rechtsradikale, die selbst unter dem Einfluss der gleichen Kräfte stehen, uns irgendwelche falschen Schlussfolgerungen einreden. Es geht hier nicht um Verschwörungstheorien der Linksextremisten, Rechtsextremisten, oder durchgeknallten Germanen, sondern um 100 Jahre Praxis einer verfassungsfeindlichen durch und durch organisierten Ideologie, die nicht erkannt und diskutiert werden möchte. Wir sind keine Antisemiten und verurteilen Antisemitismus auf das schärfste. Wir kommen mit unseren jüdischen Freunden und Mitarbeitern wunderbar klar. Es geht hier nicht um Glaubensstreitigkeiten, sondern um nackte Tatsachen.
3. Die Alaqsa-Moschee wurde durch Ausgrabungen in eine gefährliche Situation versetzt, und kann nun durch ein leichtes Erdbeben oder durch einen Bombenanschlag eines extremistischen Zionisten zerstört werden. Und genau das hat das Regime von Tel Aviv vor. 1994 hat der Zionist Goldstein 40 betende Palästinenser in der Abraham-Moschee erschossen und ein Blutbad angerichtet. Daraufhin haben Sicherheitskräfte die Moschee besetzt und später Palästinensern nur den Zugang zu einem kleinen Teil der Moschee gewährt. Gläubige Juden, die mit uns zusammenarbeiten haben uns folgendes gesagt:

„Einem Juden ist es grundsätzlich verboten den Tempelberg auch nur zu betreten. So haben unsere Weisen schon vor Jahrhunderten entschieden und diese Entscheidung ist bis heute gültig und wird von jeder Thora-Autorität der heutigen Zeit auch immer wiederholt.“

Wir fordern die Beendigung der Ausgrabungen unter der Alaqsa-Moschee und den freien Zugang der Palästinenser zum Tempelberg. Das Regime von Tel Aviv trägt die Verantwortung für jegliche Beschädigung des Weltkulturerbes am Tempelberg und ist zu ihrem Schutz verpflichtet, solange Jerusalem unter seiner Herrschaft leiden muss. Jerusalem muss für alle Anhänger der drei abrahamitischen Religionen offen und frei sein.

Quds-Arbeitsgruppe

Postfach: 424015 , 12082 Berlin www.qudstag.eu info@qudstag.eu Oktober 2009